

NOMOSLEHRBUCH

Tonner | Krüger

Bankrecht

4. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Dr. Martin Tonner

Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht

Lehrbeauftragter an der Bucerius Law School in Hamburg

Dr. Thomas Krüger

Vizepräsident des Landgerichts Stade

Mitglied des Landesjustizprüfungsamts im Nieders. Justizministerium

Bankrecht

4. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8741-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-3180-5 (ePDF)

4. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 4. Auflage

Die Fortentwicklung des Bankrechts schreitet stetig voran, so dass nach nur drei Jahren die hier vorliegende Neuauflage erforderlich war. Anders als bei der letzten Auflage, für die zahlreiche Richtlinien-Umsetzungsgesetze einzuarbeiten waren, ist nun allerdings die Tätigkeit des Gesetzgebers etwas zur Ruhe gekommen. Berücksichtigung gefunden hat aber beispielsweise das Gesetz für faire Verbraucherverträge vom 10.8.2021 (BGBl. I, S. 3433), das zu einigen Änderungen bei den Vorschriften der §§ 308 bis 310 BGB geführt hat. Dafür war einmal mehr die Rechtsprechung umso aktiver, insbesondere in Gestalt zahlreicher höchstrichterlicher Grundsatzentscheidungen zum Darlehensrecht und zum Kapitalanlagerecht. Wir haben in allen Teilen des Buchs die neuesten Entwicklungen in Rechtsprechung und Literatur nach Kräften eingearbeitet. Dabei haben wir § 19 des Buches, der bisher den sog. „Schrottimmobilien“ gewidmet war, durch einen Abschnitt zum sog. „Widerrufsjoker“, also dem massenhaften Widerruf insbesondere von Immobilien- und Kfz-Finanzierungen, ersetzt. Außerdem haben wir auf vielfachen Leserwunsch die in der letzten Auflage gestrichenen §§ 26 und 27 zur Prospekthaftung und zum Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz in gekürzter und überarbeiteter Form wieder aufgenommen, insbesondere auch wegen der großen praktischen Bedeutung dieser Rechtsgebiete. Daneben haben wir uns bemüht, die Fokussierung auf die examensrelevanten Bereiche des Bankrechts beizubehalten.

Wir bedanken uns erneut herzlich bei Herrn RiAG i.R. Bernd Höyer, Hamburg, für die freundlicherweise schon seit der 1. Auflage dieses Buches mit großem Engagement übernommene mühevollen Aufgabe der Korrektur des Manuskripts.

Das Buch befindet sich auf dem Stand vom 30.6.2022.

Hamburg und Zeven im Juli 2022

Martin Tonner

Thomas Krüger

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

In den vergangenen Jahren hat das Bankrecht eine stetig wachsende Bedeutung erfahren. Während das Augenmerk der Öffentlichkeit nach den Finanzmarktkrisen, z.B. infolge der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers, insbesondere auf der Eigenkapitalausstattung von Banken liegt, zeigt sich der Bedeutungszuwachs in der zivilrechtlichen Bankrechtspraxis vor allem in einer ganz erheblichen Zunahme von Streitverfahren gegen Banken.

Die Ursachen für dieses Phänomen sind vielfältig. Nicht nur die Wirtschaft, auch die privaten Verbraucher bedienen sich zur Durchführung von Investitionen der von Banken zur Verfügung gestellten Fremdmittel. Selbst kleinere Anschaffungen werden mit Konsumentenkrediten finanziert, größere Investitionen, wie der private Hausbau oder Investitionen im gewerblichen Bereich, sind ohne den Einsatz von Finanzierungsmitteln praktisch undenkbar. Gleichmaßen ist mit dem Anwachsen der großen und kleinen Vermögen das Bestreben gefördert worden, diese renditebringend anzulegen und zu verwalten. In den gerade zurückliegenden Finanzmarktkrisen haben viele private Anleger ihr Geld verloren und nehmen nunmehr ihre Banken wegen behaupteter Fehler bei der Anlageberatung oder Vermögensverwaltung in Anspruch. Zahlreiche höchstrichterliche Entscheidungen sind Ausdruck dieser Entwicklung. Weitere wichtige Urteile werden folgen. Die Gerichte in Deutschland stehen immer noch vor einer Flut von Verfahren.

Die Dynamik des Bankrechts wird schließlich verstärkt durch eine rege Tätigkeit des deutschen und des europäischen Gesetzgebers. So haben insbesondere die EU-Zahlungsdiensterichtlinie und die EU-Verbraucherkreditrichtlinie zu tiefgreifenden Änderungen im deutschen Recht – u.a. mit der Einfügung ganz neuer Abschnitte in das BGB – geführt. Auch im Bereich des Anlegerschutzes ist der Gesetzgeber tätig geworden. Die Bankpraxis hat auf die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen durch eine Neufassung der für das gesamte Bankrecht bedeutsamen AGB-Banken/Sparkassen reagiert.

Von dieser dynamischen Entwicklung ist auch das vorliegende Buch geprägt. Es ist hervorgegangen aus Vorlesungen zum Thema »Bankrecht« im Rahmen der Schwerpunktausbildung Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht an der Bucerius Law School in Hamburg. Die Besonderheit dieses Lehrbuchs besteht dabei darin, dass beide Autoren Richter und damit – neben ihrer Lehr- bzw. Prüfertätigkeit – in erster Linie Praktiker sind. Dadurch ist eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis möglich. Gleichzeitig haben wir uns stets um einen möglichst neutralen Blick auf das Bankrecht bemüht. Das tut diesem ideologisch geprägten Rechtsgebiet gut, in dem die divergierenden Interessen von Banken auf der einen Seite und Anlegern bzw. Verbrauchern auf der anderen Seite von ihren jeweiligen Interessenvertretern häufig mit Vehemenz vertreten werden.

Das Lehrbuch ist so geschrieben, dass es ohne Vorkenntnisse im Bankrecht gut lesbar ist. Gleichzeitig werden – da Bankrecht gewissermaßen einen Querschnitt durch weite Teile des Zivilrechts darstellt – zahlreiche examensrelevante Probleme (z.B. im Kredit-

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

sicherungsrecht) behandelt. Das Buch ist daher auch für die Examensvorbereitung geeignet.

Hamburg und Zeven, im November 2013

Martin Tonner

Thomas Krüger

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	5
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	6
Abkürzungsverzeichnis	25
<hr/> TEIL 1: EINFÜHRUNG	
§ 1 Grundlagen	31
§ 2 Aktuelle Rechtsentwicklungen im Bankrecht	46
§ 3 Aufbau des deutschen Bankwesens	49
<hr/> TEIL 2: RECHTSBEZIEHUNG ZWISCHEN BANK UND KUNDE	
§ 4 Besonderheiten der Bankgeschäftsverbindung	53
§ 5 AGB-Banken / Sparkassen	57
§ 6 Bankgeheimnis, Datenschutz und Schufa	70
§ 7 Bankentgelte	79
<hr/> TEIL 3: RECHT DES BANKKONTOS	
§ 8 Allgemeine Grundlagen	98
§ 9 Zahlungskonto und Kontokorrent	114
§ 10 Weitere Arten von Konten, insbesondere im Einlagengeschäft	132
§ 11 Kontenpfändung	136
<hr/> TEIL 4: RECHT DES ZAHLUNGSVERKEHRS	
§ 12 Allgemeine Grundsätze des Rechts der Zahlungsdienste	148
§ 13 Überweisung	173
§ 14 Lastschrift	187
§ 15 Sonstige elektronische Zahlungssysteme	200
<hr/> TEIL 5: RECHT DER KREDITGEWÄHRUNG	
§ 16 Erscheinungsformen von Krediten	222
§ 17 Rechtliche Grundlagen des Darlehensvertrages	230
§ 18 Besonderheiten bei Verbraucherdarlehen	263
§ 19 Der massenhafte Widerruf von Verbraucherdarlehen aufgrund des sog. „Widerrufsjokers“	291
<hr/> TEIL 6: RECHT DER KREDITSICHERUNG	
§ 20 Grundstrukturen der Kreditsicherheiten	301
§ 21 Allgemeine Problembereiche des Kreditsicherungsrechts	311
§ 22 Die Sicherheiten im Einzelnen	325

Inhaltsübersicht

TEIL 7: RECHT DER KAPITALANLAGE

§ 23 Grundlagen	358
§ 24 Anlageberatung	370
§ 25 Anlagevermittlung, Execution-only und Vermögensverwaltung	404
§ 26 Prospekthaftung	415
§ 27 Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz	425
Literaturverzeichnis	435
Definitionen	437
Stichwortverzeichnis	457

Inhalt

Vorwort zur 4. Auflage	5
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	6
Abkürzungsverzeichnis	25

TEIL 1: EINFÜHRUNG

§ 1 Grundlagen	31
I. Überblick über das Bankrecht	31
1. Einordnung und Gegenstand des Bankrechts	31
2. Öffentliches und privates Bankrecht	32
a) Öffentliches Bankrecht, insbesondere Bankaufsichtsrecht	32
aa) Aufsichtsbehörden	32
bb) Anwendbares Aufsichtsrecht	33
cc) Aufsicht und Haftung	36
dd) Einlagensicherung	37
b) Privates Bankrecht	38
3. Abgrenzung zum Kapitalmarktrecht	39
II. Bedeutung des Bankrechts	39
III. Rechtsgrundlagen des privaten Bankrechts	40
1. Gesetzliche Regelungen	40
2. Weitere Rechtsquellen	41
a) Allgemeine Geschäftsbedingungen	41
b) Rechtsprechung	42
c) Gewohnheitsrecht und Bankpraxis	43
d) Handelsbräuche und Verkehrssitte	44
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	45
§ 2 Aktuelle Rechtsentwicklungen im Bankrecht	46
I. Öffentliches Bankrecht	46
II. Privates Bankrecht	46
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	48
§ 3 Aufbau des deutschen Bankwesens	49
I. Zweistufigkeit des Bankwesens	49
II. Die drei Säulen des deutschen Bankwesens	49
1. Öffentlich-rechtliche Säule	49
2. Privatrechtliche Säule	50
3. Genossenschaftliche Säule	51
III. Weitere Banken und Verbände	51
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	52

Inhalt

TEIL 2: RECHTSBEZIEHUNG ZWISCHEN BANK UND KUNDE

§ 4	Besonderheiten der Bankgeschäftsverbindung	53
I.	Langzeitgeschäftsverbindung	53
II.	Allgemeiner Bankvertrag?	56
§ 5	AGB-Banken / Sparkassen	57
I.	Allgemeines	57
II.	Regelungsbereiche der AGB im Überblick	59
1.	Grundregeln für die Geschäftsverbindung (Nr. 1–6)	59
2.	Kontoführung (Nr. 7–10)	63
3.	Mitwirkungspflichten des Kunden (Nr. 11)	64
4.	Zinsen, Entgelte und Auslagen (Nr. 12)	64
5.	Sicherheiten für die Ansprüche der Bank (Nr. 13–17)	64
6.	Kündigung (Nr. 18, 19)	66
7.	Einlagensicherungsfonds (Nr. 20)	67
8.	Ombudsmannverfahren (Nr. 21)	67
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	69
§ 6	Bankgeheimnis, Datenschutz und Schufa	70
I.	Bankgeheimnis	70
1.	Allgemeines	70
2.	Einschränkungen des Bankgeheimnisses im Zivilrecht	71
3.	Einschränkungen des Bankgeheimnisses im Strafverfahren	72
4.	Rechtsfolgen der Verletzung des Bankgeheimnisses	73
a)	Schadensersatzansprüche	73
b)	Kündigungsrecht	73
II.	Datenschutz	73
1.	Allgemeines	73
2.	Rechtsfolgen einer Verletzung	74
III.	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa)	74
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	78
§ 7	Bankentgelte	79
I.	Allgemeines	79
II.	Grundlagen der Preisvereinbarung zwischen Bank und Kunde	81
1.	Einteilung der Bankentgelte	81
2.	Zustandekommen der Preisvereinbarung	81
III.	Überprüfbarkeit und Wirksamkeit von Bankentgelten	84
1.	Kontrollfähigkeit von Bankentgelten	84
2.	Maßstab der Inhalts- und Transparenzkontrolle	88
3.	Beispiele aus der Rechtsprechung	91
a)	Irreguläre Geschäftsvorfälle	91
b)	Bearbeitungsgebühr beim Darlehen	91
c)	Pfändungsbearbeitung	92
d)	Freistellungsaufträge	93
e)	Neuausstellung eines abhanden gekommenen Sparbuchs	93
f)	Abschlussgebühr beim Bausparvertrag	93

Inhalt

4. Verjährung von Rückerstattungsansprüchen	94
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	97
<hr/>	
TEIL 3: RECHT DES BANKKONTOS	
<hr/>	
§ 8 Allgemeine Grundlagen	98
I. Bedeutung des Kontos	98
II. Kontoeröffnung	99
1. Vertragsschluss	99
2. Kontoinhaber	100
3. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	102
4. Kontenwahrheit und Legitimationspflicht	102
5. Geldwäschegesetz	103
III. Verfügungsbefugnis und Kontovollmacht	103
1. Verfügungsberechtigung des Kontoinhabers	103
a) Einzelkonto	103
b) Gemeinschaftskonto	104
c) Treuhandkonto / Anderkonto	106
d) Nachlasskonto	107
2. Kontovollmacht	107
IV. Übertragung des Kontos	109
1. Zahlungskonto	109
2. Sparkonto	109
V. Bedeutung der »International Bank Account Number« (IBAN)	111
VI. Beendigung der Kontoverbindung	111
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	113
§ 9 Zahlungskonto und Kontokorrent	114
I. Allgemeines zum Zahlungskonto	114
1. Definition und Funktion des Zahlungskontos	115
a) Definition des Zahlungskontos	115
b) Funktion des Zahlungskontos	115
2. Regelungen des Zahlungskontengesetzes (ZKG) zum Zahlungskonto	115
a) Informationspflichten und Vergleichbarkeit der Entgelte	115
b) Kontowechselhilfe	116
c) Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen (Basiskonto)	116
II. Zahlungsdiensterahmenvertrag als Grundlage des Zahlungskontos	117
1. Vertragliche Grundlagen	117
2. Wesentliche rechtliche Inhalte des Zahlungsdiensterahmenvertrages	119
a) Pflichten der Bank	119
aa) Führung eines Zahlungskontos	119
bb) Entgegennahme von Geldeingängen: Anspruch auf Gutschrift	119
cc) Verfügung über Geldeingänge: Anspruch aus Gutschrift	119
dd) Verpflichtung zur Durchführung von Weisungen	120
ee) Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	121
ff) Sorgfaltspflichten	121
b) Pflichten des Kunden	121

Inhalt

3.	Nutzung von Zahlungsauslösediensten	122
4.	Buchung und Wertstellung	123
	a) Gutschriften, Stornierung und Zurückweisungsrecht	123
	b) Belastungsbuchungen	125
	c) Wertstellung	125
III.	Das Zahlungskonto als Kontokorrentkonto	126
1.	Überblick	126
2.	Kontokorrentabrede/-vertrag	127
	a) Begriff des Kontokorrents	128
	b) Kontokorrentbindung	128
	c) Verrechnung	128
	d) Feststellung des Saldos durch Rechnungsabschluss	129
	e) Saldoanerkennnis	129
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	131
§ 10	Weitere Arten von Konten, insbesondere im Einlagengeschäft	132
I.	Konten für das Einlagengeschäft	132
1.	Sparkonto	132
2.	Termingeldkonto	132
3.	Tagesgeldkonto	133
II.	Aktuelle Probleme im Zusammenhang mit Einlagenkonten	133
1.	Negativzinsen	133
2.	Kündigung und Zinsanpassung bei Prämiensparverträgen	134
	a) Kündigung	134
	b) Zinsanpassung	134
§ 11	Kontenpfändung	136
I.	Allgemeine Grundlagen	136
1.	Zwangsvollstreckung in Geldforderungen (§§ 829 ff. ZPO)	136
2.	Drittschuldnererklärung nach § 840 ZPO	137
3.	Bestimmtheit der gepfändeten Forderungen	137
4.	Verdachts-/Ausforschungspfändung	137
II.	Pfändung von Zahlungskonten	138
1.	Pfändung des Zustellungssaldos gemäß § 357 HGB	138
2.	Pfändung der periodischen Aktivsalden	139
3.	Pfändung der Ansprüche aus dem Zahlungsdienstverhältnisvertrag	139
	a) Die pfändbaren Ansprüche aus dem Zahlungsdienstverhältnisvertrag	139
	aa) Anspruch auf Auszahlung des Tagesguthabens	139
	bb) Anspruch auf Erteilung einer Gutschrift	140
	cc) Anspruch auf Durchführung von Überweisungen	140
	dd) Auskunftsanspruch und Erteilung von Kontoauszügen	140
	b) Wirkungen der Pfändung	140
4.	Pfändung des Dispositions- oder Überziehungskredits	142
	a) Geduldete Überziehung	142
	b) Eingeräumter Dispositionskredit	142
	aa) Pfändbarkeit vor Abruf durch den Schuldner	142
	bb) Pfändbarkeit nach Abruf durch den Schuldner	142

Inhalt

III. Pfändung sonstiger Konten	143
1. Ansprüche aus Sparkonten	143
2. Ansprüche aus Festgeldkonten	143
3. Pfändung von Wertpapierdepots	143
4. Pfändung von Treuhand- und Anderkonten	144
5. Pfändung von Gemeinschaftskonten	144
a) Pfändung von Und-Konten	144
b) Pfändung von Oder-Konten	144
IV. Das Pfändungsschutzkonto	145
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	147

TEIL 4: RECHT DES ZAHLUNGSVERKEHRS

§ 12 Allgemeine Grundsätze des Rechts der Zahlungsdienste	148
I. Hintergrund	148
1. Grundstruktur des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	149
2. Wirtschaftliche Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	150
3. Historische Entwicklung und Kodifikation	151
II. Regelungsgehalt und Anwendungsbereich der §§ 675c ff. BGB	153
III. Zahlungsdienstevertrag und Zahlungsdiensterahmenvertrag	156
IV. Informationspflichten	156
V. Durchführung der Zahlung	157
1. Autorisierung der Zahlung	157
2. Ausführung von Zahlungsvorgängen	160
a) Wirksamwerden und Widerruflichkeit	160
b) Ungekürzte Übermittlung des Zahlungsbetrages	160
c) Maßgeblichkeit der Kundenkennung	160
d) Rechtzeitigkeit der Zahlung	161
e) Bei Missbrauch einer Zahlungskarte	163
f) Bei Missbrauch im Onlinebanking	167
g) Sonstige fehlerhafte Zahlungsvorgänge	168
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	172
§ 13 Überweisung	173
I. Rechtsbeziehungen	174
1. Rechtsbeziehung Überweisender – Empfänger (Valutaverhältnis)	174
2. Rechtsbeziehung Überweisender – Bank (Deckungsverhältnis)	175
a) Weisung des Zahlungsdienstnutzers	175
b) Abhandenkommen von Zahlungsinstrumenten	177
c) Widerruf der Überweisung	177
d) Ausführungsfristen	177
3. Rechtsbeziehung zwischen den beteiligten Banken (Interbankenverhältnis)	177
4. Rechtsbeziehung Empfänger – Empfängerbank (Inkassoverhältnis)	178
II. Haftung der Bank bei nicht oder fehlerhaft ausgeführten Überweisungen	179
1. Garantieansprüche	179
a) Gescheiterte oder verloren gegangene Überweisung	179

Inhalt

b) Gekürzte Überweisung	179
c) Verspätete Überweisung	180
2. Verschuldensabhängige Haftungsansprüche	181
III. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	181
1. Fehler im Deckungsverhältnis	181
a) Von Anfang an fehlende Weisung	182
b) Ursprünglich vorhandene, aber widerrufenen Weisung	182
aa) Bisherige Rechtsprechung des BGH	183
bb) Keine Zurechenbarkeit bei Widerruf im neuen Recht?	183
cc) Neuere Rechtsprechung des BGH	184
2. Fehler im Valutaverhältnis	184
3. Fehler im Deckungs- und Valutaverhältnis (Doppelmangel)	185
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	186
§ 14 Lastschrift	187
I. Zahlungen im Lastschriftverfahren im Überblick	187
II. Das SEPA-Lastschriftverfahren	188
1. Grundsätzlicher Ablauf und Beteiligte im SEPA-Lastschriftverfahren	189
2. Ablauf des SEPA-Lastschriftverfahrens im Einzelnen	190
a) Mandatserteilung	190
b) Lastschrifteinzug	191
aa) Vorabinformation an den Kontoinhaber	191
bb) Initiierung des Einzugs	191
cc) Eingang der Belastungsbuchung bei der Zahlstelle	192
c) Zahlungsvorgang	193
d) Lastschriftrückgabe (R-Transactions)	193
3. Die Rechtsbeziehungen im SEPA-Lastschriftverfahren im Einzelnen	194
a) Rechtsbeziehung Zahlungspflichtiger – Zahlungsempfänger (Valutaverhältnis)	194
aa) Lastschriftabrede und SEPA-Mandat	194
bb) Erfüllung	195
b) Rechtsbeziehung Zahlungsempfänger – 1. Inkassostelle (Inkassoverhältnis)	196
c) Rechtsbeziehungen zwischen den beteiligten Banken (Interbankenverhältnis)	197
d) Rechtsbeziehung Zahlungspflichtiger – Zahlstelle (Deckungsverhältnis)	198
4. Bereicherungsausgleich im Lastschriftverfahren	198
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	199
§ 15 Sonstige elektronische Zahlungssysteme	200
I. Kartengebundene Zahlungssysteme	200
1. Kreditkartensystem	201
a) Hintergrund	201
b) Rechtsbeziehungen im Einzelnen	203
aa) Rechtsbeziehung Karteninhaber und Kartenausgeber (Deckungs-/Emissionsverhältnis)	203

Inhalt

bb)	Rechtsbeziehung Kartenunternehmen und Vertragsunternehmen	205
cc)	Rechtsbeziehung Karteninhaber und Vertragsunternehmen (Valutaverhältnis)	205
dd)	Rechtsbeziehung Kartenausgeber und Kartenunternehmen	206
c)	Haftung bei Missbrauch	206
2.	Debitkartensystem (Electronic-cash-System)	207
a)	Grundlagen der unbaren Zahlungssysteme	207
b)	Ablauf der Zahlung	208
aa)	POS-System	208
bb)	ELV-System	209
3.	Geldkarte / Elektronisches Geld	210
a)	Grundlagen	210
b)	Ablauf der Zahlung	211
c)	Haftungsfragen	211
4.	Geldautomatensystem	212
II.	Internetzahlungssysteme	213
1.	Online-Banking	213
2.	Zahlungsauslösedienste	214
a)	Funktion	214
b)	Vertragsbeziehungen	216
c)	Haftungsrisiken	217
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	221

TEIL 5: RECHT DER KREDITGEWÄHRUNG

§ 16	Erscheinungsformen von Krediten	222
I.	Allgemeines	222
II.	Einzelne Kreditarten	223
1.	Zahlungskredite	223
a)	Kontokorrent- oder Dispositionskredit (Eingeräumte Überziehung)	223
b)	Ratenkredit/Annuitätendarlehen	226
2.	Haftungskredite	227
a)	Avalkredit	227
b)	Diskont-/Akzept-/Rembourskredit	228
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	229
§ 17	Rechtliche Grundlagen des Darlehensvertrages	230
I.	Allgemeines	230
II.	Zustandekommen des Darlehensvertrages	231
III.	Form des Darlehensvertrages	232
IV.	Vertragspartner des Darlehensvertrages	232
V.	Unwirksamkeitsgründe	233
1.	Allgemeines	233
2.	Nichtigkeit nach § 134 BGB	234
3.	Nichtigkeit nach § 138 BGB	235
a)	Allgemeines	235

Inhalt

b) Objektiv: Auffälliges Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	235
c) Subjektiv: Ausnutzen der überlegenen Position	236
d) Sittenwidrigkeit der Mitverpflichtung weiterer Personen	236
4. Rückabwicklung des nichtigen Darlehensvertrages	237
VI. Aufklärungs- und Beratungspflichten der Bank bei Vertragsschluss	238
1. Grundsatz	238
2. Ausnahmen	238
a) Konkreter Wissensvorsprung	239
b) Überschreiten der Rolle als Kreditgeber	239
c) Besondere Gefährdungstatbestände	240
d) Interessenkonflikte	240
e) Finanzierungsberatungsvertrag	240
VII. Zins- und Entgeltvereinbarungen im Kreditgeschäft	242
1. Zinssatz und Fälligkeit der Zinsen	242
2. Höhe, Anpassungsmöglichkeiten	243
3. Beginn und Ende der Zinspflicht, Disagio	245
4. Nebenentgelte im Kreditgeschäft	246
a) Darlehenskontoführung	246
b) Einmaliges Bearbeitungsentgelt bei Kreditvergabe	246
c) Bewertung, Bestellung und Verwaltung von Sicherheiten	247
d) Bereitstellungsprovision	247
e) Nichtabnahmeentschädigung	247
VIII. Laufzeit und Beendigung von Darlehensverträgen	248
1. Überblick	248
2. Kündigung durch den Darlehensnehmer	249
a) Ordentliche Kündigung bei variablem Sollzinssatz (§ 489 Abs. 2 BGB)	249
b) Ordentliche Kündigung bei gebundenem Sollzinssatz (§ 489 Abs. 1, Abs. 3 BGB)	249
c) Außerordentliche Kündigung bei festem Zinssatz (§ 490 Abs. 2 BGB)	251
3. Kündigung durch den Darlehensgeber	253
a) Außerordentliche Kündigung nach § 490 Abs. 1 BGB	253
b) Außerordentliche Kündigung nach Nr. 19 Abs. 3 AGB-Banken	255
4. Kündigungsfolgen	256
a) Fälligkeit des Rückzahlungsanspruchs	256
b) Vorfälligkeitsentschädigung	256
aa) Voraussetzungen eines Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung	256
bb) Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung	257
cc) »Vorfälligkeitsentgelt« bei Aufhebungsvertrag	259
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	261
§ 18 Besonderheiten bei Verbraucherdarlehen	263
I. Begriff und historische Entwicklung des Verbraucherdarlehens	263
1. Definition	263
a) Allgemein-Verbraucherdarlehen	263
b) Immobilier-Verbraucherdarlehen	264
c) Erweiterter Verbraucherbegriff	265
d) Zwingende Ausgestaltung	265

Inhalt

2. Historische Entwicklung und Einfluss des Europäischen Rechts	265
II. Besonderheiten gegenüber Darlehen ohne Beteiligung von Verbrauchern	266
1. Kreditwürdigkeitsprüfung	267
a) Pflicht der Bank zur Prüfung	267
b) Grundlagen der Prüfung / Immobilien-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung	268
c) Sanktionen bei Pflichtverletzungen	270
2. Vorvertragliche Informationspflichten	270
3. Beratung bei Immobilien-Verbraucherdarlehen	271
a) Ausgestaltung von Beratungspflichten eines Beratungsvertrages	271
b) Grundlagen der Beratung	272
c) Folgen von Pflichtverletzungen	273
4. Informationspflichten in der Vertragsurkunde	273
a) Schriftformerfordernis	273
b) Pflichtangaben im Vertrag	274
5. Sanktionen bei Verstoß gegen die vertraglichen Pflichtangaben	274
6. Verbot von Kopplungsgeschäften bei Immobilien-Verbraucherdarlehen	276
7. Unterrichtungspflichten während des Darlehensverhältnisses	276
8. Besonderheiten bei Überziehungskrediten an Verbraucher	276
a) Dispositionskredit (eingeräumte Überziehung)	277
b) Geduldete Kontoüberziehung	277
III. Widerrufsrecht	278
1. Rechtsgrundlagen und Widerrufsfrist	278
2. Widerrufsbelehrung	279
3. Widerrufsfolgen	280
4. Verbundenes Geschäft	280
IV. Kündigung und Vorfälligkeitsentschädigung	281
1. Kündigung/vorzeitige Rückzahlung durch den Verbraucher	281
a) Darlehen ohne Laufzeitvereinbarung	281
b) Darlehen mit Laufzeitvereinbarung	281
c) Einschränkungen für Immobilien-Verbraucherdarlehen	281
2. Folgen der Kündigung/vorzeitigen Rückzahlung	282
3. Kündigung durch die Bank	283
a) Besondere Kündigungsvoraussetzungen bei Allgemein-Verbraucherdarlehen	283
b) Kündigung während der Covid-19-Pandemie	283
c) Besondere verbraucherschützende Kündigungsfolgen	284
V. Typischer Aufbau und typische Regelungen in einem Bankdarlehensvertrag	284
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	289
§ 19 Der massenhafte Widerruf von Verbraucherdarlehen aufgrund des sog. „Widerrufsjokers“	291
I. Hintergrund	291
II. Die Entwicklung der Rechtsprechung zu den Voraussetzungen des Widerrufsrechts	292
1. Widerruf von (noch nicht beendeten) Kfz-Finanzierungen	293
2. Widerruf von (bereits beendeten) Immobiliendarlehensverträgen	294

Inhalt

III. Ausschluss des Widerrufsrechts nach Treu und Glauben	295
1. Rechtsmissbrauch	295
a) Zweck- und Motivkontrolle	295
b) Lösung des BGH	296
c) Urteil des EuGH vom 9.9.2021	296
2. Verwirkung	296
IV. Rechtsfolgen des Widerrufs	297

TEIL 6: RECHT DER KREDITSICHERUNG

§ 20 Grundstrukturen der Kreditsicherheiten	301
I. Allgemeines	301
II. Einteilung der Sicherheiten	302
1. Real-/Personalsicherheiten	302
2. Person des Sicherungsgebers	303
3. Akzessorische und abstrakte Sicherheiten	303
4. Typische / atypische Sicherheiten	305
III. Zweckerklärung	307
1. Sinn und Inhalt	307
2. Enge / weite Sicherungsabrede	307
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	310
§ 21 Allgemeine Problembereiche des Kreditsicherungsrechts	311
I. Übersicherung und Freigabeverpflichtung	311
1. Anfängliche Übersicherung	312
a) Tatbestand	312
aa) Objektive Voraussetzungen	312
bb) Subjektive Voraussetzungen	314
b) Rechtsfolge	314
2. Nachträgliche Übersicherung	314
a) Tatbestand	314
b) Rechtsfolge	315
II. Sicherheiten in der Insolvenz	316
1. Bürgschaft	316
2. Grundschild	316
3. Sicherungsübereignung	317
4. Sicherungsabtretung	317
5. Pfandrecht	317
III. »Wettlauf der Sicherungsgeber«	317
1. Eingrenzung des Problems	317
2. Lösungsmöglichkeiten	319
IV. Freistellungsanspruch des Sicherungsgebers bei Drittsicherheiten	321
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	324
§ 22 Die Sicherheiten im Einzelnen	325
I. Bürgschaft	325
1. Rechtliche Grundlagen	325

Inhalt

2.	Einwendungen gegen die Bürgschaftsforderung	328
a)	Hauptschuldnerbezogene Einwendungen	328
b)	Bürgenbezogene Einwendungen	329
3.	Sittenwidrigkeit von Bürgschaftsverträgen	331
a)	Entwicklung der Rechtsprechung	331
b)	Aktuelle Maßstäbe der Rechtsprechung im Überblick	332
c)	Auswirkungen der Möglichkeit der Restschuldbefreiung	332
d)	Auswirkungen weiterer Sicherheiten	333
4.	Folgen der Befriedigung des Gläubigers durch den Bürgen	334
5.	Beendigung der Bürgschaftsverpflichtung	334
II.	Mithaftung (Schuldbeitritt / Schuldmitübernahme)	335
III.	Garantie	336
IV.	Patronatserklärung	337
V.	Hypothek	338
VI.	(Sicherungs-)Grundschild	338
1.	Allgemeine rechtliche Grundlagen	338
2.	Bedeutung und Entstehung	339
3.	Haftungsumfang	340
4.	Wirkung von Zahlungen auf die Forderung bzw. auf die Grundschild	341
5.	Kündigungsfrist, § 1193 BGB	342
6.	Einreden des Grundstückseigentümers nach Abtretung der Grundschild	342
a)	Bei Abtretung der Grundschild bestehende Einreden	343
b)	Nach Abtretung entstehende Einreden	344
VII.	Sicherungsübereignung	344
1.	Rechtliche Konstruktion	344
2.	Problemereiche im Zusammenhang mit der Einigung	345
a)	Bestimmtheitsgrundsatz bei Übertragung einzelner Sachen	345
b)	Bestimmtheitsgrundsatz bei Übertragung von Sachgesamtheiten	346
3.	Problemereiche im Zusammenhang mit dem Besitzmittlungsverhältnis	347
4.	Problemereiche im Zusammenhang mit der Verfügungsberechtigung	347
a)	Kollision von Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt	347
b)	Kollision von Sicherungsübereignung und Zubehörhaftung	348
c)	Kollision von Sicherungsübereignung und Vermieterpfandrecht	349
VIII.	Sicherungsabtretung	350
1.	Rechtliche Konstruktion	350
2.	Rechtliche Problemereiche	351
a)	Bestimmtheit / Bestimmbarkeit	351
b)	Kollision von Globalzession und verlängertem Eigentumsvorbehalt	352
IX.	Pfandrecht an Forderungen	353
1.	Praktische Bedeutung	353
2.	Rechtliche Voraussetzungen	353
3.	Besonderheiten bei der Verpfändung von Wertpapieren	354
4.	Besonderheiten bei der Verpfändung von Gesellschaftsanteilen	354
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	356

Inhalt

TEIL 7: RECHT DER KAPITALANLAGE

§ 23 Grundlagen	358
I. Bedeutung und Entwicklung des Kapitalanlagerechts	358
II. Eigenverantwortung versus Anlegerschutz	360
III. Rechtliche Rahmenbedingungen des Kapitalanlagerechts	362
1. Vertragsrecht	362
2. Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)	362
3. Sonstiges Gesetzesrecht	363
IV. Überblick zur Haftung im Recht der Kapitalanlage	363
1. Anlageberatung	365
2. Anlagevermittlung	366
3. Execution-only	367
4. Vermögensverwaltung	368
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen:	369
§ 24 Anlageberatung	370
I. Überblick	370
II. Gesetzliche Pflichten nach dem WpHG	372
1. Allgemeine Verhaltensregeln für Wertpapierdienstleistungsunternehmen	373
a) Interessenwahrungspflicht (§ 63 Abs. 1 WpHG)	373
b) Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 63 Abs. 2, 3 WpHG)	373
c) Pflichten in Bezug auf den Vertrieb von Finanzinstrumenten (§ 63 Abs. 5 WpHG)	374
d) Informationspflichten (§ 63 Abs. 6 ff. WpHG)	374
e) Verbot der Annahme von Zuwendungen (§ 70 WpHG)	374
f) Pflicht zur bestmöglichen Auftragsausführung (§ 82 WpHG)	375
g) Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (§ 83 WpHG)	375
2. Besondere Verhaltensregeln bei der Anlageberatung	375
a) Informationspflichten (§ 64 Abs. 1 WpHG)	375
b) Produktinformationsblatt (§ 64 Abs. 2 WpHG)	376
c) Exploration und Geeignetheit des Produkts (§ 64 Abs. 3 WpHG)	376
d) Geeignetheitserklärung (§ 64 Abs. 4 WpHG)	377
3. Pflichten bei der Unabhängigen Honorar-Anlageberatung	377
4. Sanktionen und Auswirkungen auf die zivilrechtlichen Beratungspflichten	378
III. Vertragliche Pflichten bei der Anlageberatung	379
1. Zustandekommen eines Anlageberatungsvertrages	380
a) Grundsatz	380
b) Kritik und alternative Lösungsmöglichkeiten	380
2. Pflicht zur anleger- und objektgerechten Beratung	382
a) Allgemeines	382
aa) Der Grundsatz der anleger- und objektgerechten Beratung	382
bb) Einzelfragen der anleger- und objektgerechten Beratung	385
b) Anleger- und objektgerechte Beratung bei verschiedenen Anlageprodukten	391
aa) Derivative Geschäfte (Zertifikate und Swaps)	391
bb) Unternehmerische Beteiligungen	395

Inhalt

cc) Immobilienfonds	396
3. Verschulden und Mitverschulden	397
4. Schaden	397
5. Kausalität	398
6. Verjährung	399
7. Rechtsfolge	400
IV. Darlegungs- und Beweislast	400
V. Vertragspflichten bei Ausführungsgeschäften	401
VI. Deliktsrechtliche Ansprüche	401
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	402
§ 25 Anlagevermittlung, Execution-only und Vermögensverwaltung	404
I. Anlagevermittlung	404
1. Definition der Anlagevermittlung	404
2. Anlagevermittlungsvertrag und Pflichten des Anlagevermittlers	405
II. Execution-only	406
1. Beratungsfreies Geschäft	407
2. Absolutes »Execution-only-Geschäft«	408
III. Vermögensverwaltung	408
1. Begriff der Vermögensverwaltung	408
2. Gegenstand der Vermögensverwaltung	409
3. Voraussetzungen der Vermögensverwaltung	409
a) Wirtschaftliche Fremdheit des Vermögens	409
b) Dispositionsbefugnis	410
c) Dauerhaftigkeit	410
d) Aktive Verwaltung zum Zwecke der Kapitalanlage	411
e) Vertragliche Grundlage	411
4. Benachrichtigungs-, Rechnungslegungs- und Unterrichtungspflichten des Vermögensverwalters	411
a) Allgemeines	411
b) Benachrichtigungspflicht bei »erheblichem Verlust«	412
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	414
§ 26 Prospekthaftung	415
I. Überblick	416
II. Spezialgesetzliche Prospekthaftung	419
III. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung	420
1. Prospekthaftung im engeren Sinn	420
2. Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung im weiteren Sinn	420
IV. Prüfungs- und Aufklärungspflichten der Banken bei Verkaufsprospekten	422
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	424
§ 27 Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz	425
I. Entstehungsgeschichte	425
II. Zielsetzung des Gesetzes	425
III. Anwendungsbereich und Aufbau des Gesetzes	426
1. Anwendungsbereich	426
2. Ablauf des Musterverfahrens nach dem KapMuG	427

Inhalt

3. Zuständigkeitskonzentration	428
IV. Vorlageverfahren	428
1. Musterfeststellungsantrag	428
2. Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger	428
3. Vorlagebeschluss	429
V. Musterverfahren	429
1. Bestimmung des Musterklägers	430
2. Bekanntmachung und Aussetzung der anhängigen Verfahren	430
3. Erweiterung des Musterverfahrens und Musterentscheid	431
4. Rechtsmittel	431
VI. Gerichtlich genehmigter Vergleich	431
VII. Rechtswirkung des Musterentscheids – Bindungswirkung und Fortsetzung des Ausgangsverfahrens	432
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	433
Literaturverzeichnis	435
Definitionen	437
Stichwortverzeichnis	457

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft bzw. Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGL	Anspruchsgrundlage
AIF	Alternative Investmentfonds
AIFM	Verwalter alternativer Investmentfonds
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
AnlEntG	Anlegerentschädigungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluss
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
B2B	Business to Business
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBankG	Bundesbankgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoVO	Verordnung über die Informationspflichten nach Bürgerlichem Recht
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIC	Bank Identifier Code (Internationale Bankleitzahl)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CI	Creditor Identifier
cic	culpa in contrahendo
D	Debit Date
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DepotG	Depotgesetz

Abkürzungsverzeichnis

DivDAX	Dividendenindex
DNS	Domain Name System
d.h.	das heißt
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
EAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
EBA	European Banking Authority
ec	Electronic Cash
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
E-Geld	Elektronisches Geld
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz
ELV	Elektronisches Lastschriftverfahren
EPC	European Payments Council
ESA	European Supervisory Authorities
ESFS	Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESRB	European Systemic Risk Board
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
E. v.	Eingang vorbehalten
EV	Eigentumsvorbehalt
FAO	Fachanwaltsordnung
ff.	Folgende
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewG	Geldwäschegesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die GmbH
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hk-BGB	Handkommentar Bürgerliches Gesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber

Abkürzungsverzeichnis

HS	Halbsatz
HWiG	Haustürwiderrufsgesetz
IBAN	International Bank Account Number (Internationale Kontonummer)
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
ImmoKWPLV	Immobilien-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
InvG	Investmentgesetz
i.S.	im Sinne
IT	Informationstechnologie
iTAN	Indizierte Transaktionsnummer
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KG	Kammergericht bzw. Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KOM	Drucksachen der Europäischen Kommission
Krit.	Kritisch
KWG	Kreditwesengesetz
LCR	Liquidation Coverage Ratio
LG	Landgericht
LiqV	Verordnung über Liquidität der Institute
lit.	Buchstabe
LSA	Abkommen über den Lastschriftverkehr
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
MiFID	EU-Richtlinie über Märkte und Finanzinstrumente
Mio.	Millionen
MünchKomm	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Nebengesetzen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NSFR	Net Stable Funding Ratio
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung

Abkürzungsverzeichnis

OGAW o.Ä. OHG OLG	Organismen für gemeinsame Anlage in Wertpapieren oder Ähnliches Offene Handelsgesellschaft Oberlandesgericht
p. a. PAngV PfÜB PIN P-Konto POS PWW	per anno Preisangabenverordnung Pfändungs- und Überweisungsbeschluss Persönliche Identifizierungsnummer Pfändungsschutzkonto Point of Sale-System Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg.), BGB, Kommentar
Rats-Dok. RBerG RDG RegE Rn. Rpflger RGZ RNotZ	Dokumente des Rates der Europäischen Union Rechtsberatungsgesetz Rechtsdienstleistungsgesetz Regierungsentwurf Randnummer Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift) Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Die Rheinische Notar-Zeitschrift
S. Schufa SEPA SMS sog. SolvV StGB st. Rspr. StPO SÜ SWIFT	Seite Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung Single European Payments Area Short Message Service sogenannte Solvabilitätsverordnung Strafgesetzbuch ständige Rechtsprechung Strafprozessordnung Sicherungsübereignung Society for Worldwide Interbank Financial Telecommuni- cations
TAN TWT	Transaktionsnummer Tonner/Willingmann/Tamm (Hrsg.), Vertragsrecht, Kom- mentar (2010)
UG UKlaG Urt. US USA u.U.	Umsetzungsgesetz Unterlassungsklagengesetz Urteil United States United States of America unter Umständen
VerbrKrG VerkProsG VermAnlG VermBG	Verbraucherkreditgesetz Verkaufsprospektgesetz Vermögensanlagengesetz Vermögensbildungsgesetz